

Aktuell

Finanzkrise Um die überraschende Unterdeckung des Lautertaler Etats 2017 auszugleichen, werden die Gebühren nochmals steigen / Politische Folgen noch offen

## **Abwahlantrag gegen den Bürgermeister?**

27. Mai 2017 Autor: [Thorsten Matzner \(tm\)](#)

Lautertal. Mit einem Sitzungsmarathon wollen die Fraktionen in der Lautertaler Gemeindevertretung die Probleme lösen, die die neue Finanzkrise gebracht hat. LBL und CDU informierten gestern in einem Pressegespräch darüber, dass bereits am Donnerstag, 1. Juni, der Finanzausschuss zu dem Thema tagen soll. Auch eine Bürgerversammlung soll es geben. Auf die Lautertaler kommen wohl weitere massive Steuererhöhungen zu, auch wenn es konkret gestern noch keine Aussagen dazu gab.

Die Vertreter der beiden Mehrheitsfraktionen im Parlament machten vor allem ihrem Ärger und ihrer Enttäuschung Luft. Dabei ging es im Wesentlichen nicht um das Problem an sich. Viel gravierender ist auch Sicht von LBL und CDU, dass Bürgermeister Jürgen Kaltwasser (SPD) zwar seit dem 9. Januar von der Angelegenheit wusste, aber die Gemeindevertretung darüber nicht informierte.

### **Sauer: "Bin maßlos enttäuscht"**

Damit ist aus Sicht der beiden Fraktionen nicht nur wertvolle Zeit verstrichen, die zur Lösung des Problems hätte genutzt werden können. Es sei auch das Vertrauen zwischen Bürgermeister und Gemeindevertretung erschüttert worden, wie Erich Sauer (CDU) feststellte. "Ich bin maßlos enttäuscht." Kaltwasser habe die Gemeindevertretung "an der Nase herumgeführt".

Entsprechend wollen LBL und CDU die Frage nach der politischen Verantwortung nicht auf sich beruhen lassen. Zunächst gehe es darum, das Problem mit dem Haushalt in den Griff zu bekommen. Um noch für 2017 höhere Gebühren erheben zu können, müssen diese bis zum 30. Juni in Kraft sein.

### **Kein Vorwurf an SPD und GLL**

Danach werde aber untersucht werden müssen, was genau passiert sei. Die politische Verantwortung liege klar bei Kaltwasser. Die Vertreter der beiden

Fraktionen schlossen daher nicht aus, einen Abwahantrag zu stellen. Erich Sauer sagte, Kaltwasser könne natürlich auch selbst die Konsequenzen ziehen.

LBL und CDU machten deutlich, dass sie die Verantwortung für die Schwierigkeiten vor allem beim Bürgermeister sehen. SPD und Grünen könne kein Vorwurf gemacht werden. Die Fehlbuchungen im Haushalt seien für die ehrenamtlichen Gemeindevertreter nicht feststellbar, so Markus Bormuth (LBL). Es könne auch keinesfalls die Gemeindeverwaltung in ihrer Gesamtheit dafür verantwortlich gemacht werden.

Lautertal stehe mit der neuen Entwicklung vor der Insolvenz, sagte Anja Müller (CDU). Es gehe nicht nur um kumuliert rund 800 000 Euro, die - da falsch gebucht - als Einnahmen von 2014 bis 2017 ausfielen und nun ausgeglichen werden müssten. Es bestehe vielmehr die Gefahr, dass der Schutzschirm-Vertrag mit dem Land Hessen nicht eingehalten werden könne. In der Folge müsste Lautertal 5,2 Millionen Euro an das Land zurückzahlen, die es zum Schuldenabbau im Rahmen des Vertrags erhalten hatte.

Müller sagte, die Verwaltung habe zwar im Januar von dem Problem erfahren, aber erst im Mai das Regierungspräsidium informiert. Damit habe sie den Schutzschirm-Vertrag eklatant verletzt, in dem eine unverzügliche Information der Aufsichtsbehörde vorgeschrieben sei für den Fall, dass sich Kennzahlen im Haushalt änderten.

## **Etatberatung ohne Tabus**

Lautertal hatte sich verpflichtet, in diesem Jahr mit einem ausgeglichenen Haushalt auszukommen. Nach dem aktuellen Stand ist aus der im Dezember beschlossenen "schwarzen Null" nun ein Defizit in Höhe von 345 000 Euro geworden. Zudem müssen die 2014 bis 2016 falsch verbuchten Einnahmen noch korrigiert werden. Daher werde es bei der Haushaltsplanberatung 2018 darum gehen, völlig ohne Tabus weiter zu sparen, kündigte Markus Bormuth an.

Die Gemeinde sei jetzt schon praktisch handlungsunfähig, da es seit Anfang des Jahres keinen genehmigten Haushalt gebe, berichtete Erich Sauer. "Ich habe so eine Situation noch nicht erlebt." Angeblich stapelten sich in der Verwaltung die unbezahlten Rechnungen. Wichtige Investitionen, wie die in die Sanierung der Trinkwasserversorgung, seien nicht möglich, so Anja Müller.

Müller berichtete, die Verwaltung habe wohl darauf gesetzt, mit Steuer-Mehreinnahmen das fehlende Geld aufzubringen. Ähnlich hatte sich der Bürgermeister in seiner Pressemitteilung von Ende voriger Woche geäußert.

Durch einen "Sondereffekt" seien die Steueranteile im ersten Quartal 2017 deutlich höher ausgefallen. Die Verwaltung habe daher mit um 20 Prozent höheren Einnahmen bei Einkommensteuer und Gewerbesteuer geplant. Völlig unrealistisch, wie Markus Bormuth kritisiert: Die Gewerbesteuer könne zwar stark schwanken, die Einkommensteuer aber nicht, weil die Zahl der arbeitstätigen Bürger sich übers Jahr

nicht so stark ändere. Entsprechend habe das Land jetzt signalisiert, dass maximal 3,5 Prozent mehr an Steuern drin seien.

### **"Latent mit GAU gerechnet"**

Anja Müller sagte, die ganze Tragweite der neuen Schwierigkeiten sei noch gar nicht bekannt. LBL und CDU hätten schon seit langem "latent mit einem GAU gerechnet". Zu offensichtlich sei gewesen, dass das Berichtswesen und die Haushaltskontrolle im Rathaus nicht angemessen seien. Jetzt sei alles offen, zumal die Haushaltsabschlüsse für die Jahre 2015 und 2016 noch ausstünden und weitere Überraschungen beinhalten könnten. Martin Grzebellus (LBL) sagte, damit zeige sich einmal mehr, wie fahrlässig es sei, diese Abschlüsse nicht zeitnah zu erstellen, sondern über Jahre liegenzulassen.

© Bergsträßer Anzeiger, Samstag, 27.05.2017

Alle Rechte vorbehalten

Vervielfältigung nur mit Genehmigung der Mannheimer Morgen Großdruckerei und Verlag GmbH

#### **URL:**

[http://www.morgenweb.de/startseite\\_artikel,-lautertal-abwahantrag-gegen-den-buergermeister-\\_arid,1053935.html](http://www.morgenweb.de/startseite_artikel,-lautertal-abwahantrag-gegen-den-buergermeister-_arid,1053935.html)